
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 30.08.2017
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:15 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Gerhard Borstell
Vorsitzender

 Birgit Wesemann
Protokollführer
Anwesend:**Vorsitzender**

Herr Gerhard Borstell

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Ina Altenberger

Herr Gerd Bodenbinder

Frau Edith Braun

Frau Rosemarie Dizner

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Torsten Fettback

Herr Marcus Graubner

Herr Hans-Peter Gürnth bis Ende öffentl. Teil

Herr Werner Jacob

Herr Peter Jagolski

Herr Wolfgang Kinszorra

Herr Bernd Liebisch

Herr Wolfgang März

Herr Michael Nagler

Herr Dieter Pasiciel

Herr Manfred Pecker

Frau Rita Platte bis Ende öffentl. Teil

Herr Jörg Rudowski

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Markus Thyrolf

Anwesend:**Mitarbeiter Verwaltung**

Frau Angelika Bierstedt

Herr Erich Gruber

Frau Claudia Wittke

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Gäste

Herr Gerd Wetzig SWG Tangerhütte GmbH

Abwesend:**Mitglieder**

Frau Petra Fischer entsch.

Frau Kathleen Kraemer entsch.

Herr Tim Lange entsch.

Herr Ulf Osterwald unentsch.

Herr Detlef Radke unentsch.

Frau Janine Steinig-Pinnecke entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 30.08.2017, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>DS-Nr.</u>
1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung	
3. Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.06.2017	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse	
6. Beschluss über den Entwurf und die Auslegung des vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes – Biogasanlage Lüderitz samt Begründung und Umweltbericht gemäß §3 Abs.2 BauGB	BV 609/2017
7. Förderung des Ehrenamtes der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 603/2017
8. 1. Änderung der Haus- und Badeordnung der EGem Stadt Tangerhütte für die Freibäder Tangerhütte und Lüderitz	BV 604/2017
9. Aufhebung Beschluss BV 523/2017/3 - Antrag zum Haushalt Streichung der Leiter Bauhof aus dem Stellenplan der EGem Stadt Tangerhütte	BV 601/2017
10. Antrag zum Haushalt 2017 - Streichung der Stelle Leiter Bauhof aus dem Stellenplan der EGem Stadt Tangerhütte	BV 602/2017
11. Investitionen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	MV 607/2017
12. Antrag der Fraktion Wählergemeinschaft Lüderitz - Erstellung eines Flächennutzungsplanes für die EG Stadt Tangerhütte	BV 519/2017
13. Beschluss über die Zusammenarbeit mit einem Freien Träger der mobilen Jugendarbeit	BV 596/2017
14. Darstellung des Sanierungsaufwandes und der Prioritäten der Gehwege in der Ortschaft Tangerhütte	MV 605/2017
15. Bildung eines Sonderausschusses zum Umgang mit den Mitteilungen über die Überprüfung der Stadträte durch den Bundesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	BV 599/2017
16. Geschäftsordnung des Ausschusses zur Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR	BV 616/2017
17. Antrag CDU Fraktion - Einrichtung eines Ausschusses zur Sanierung der Straßen und Wege in der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 614/2017
18. Antrag CDU Fraktion - Erstellung eines Nutzungskonzeptes für das Kulturhaus	BV 613/2017
19. Information aus den Verbänden	
20. Information des Bürgermeisters	
21. Anfragen und Anregungen	
<u>Nichtöffentliche Sitzung</u>	
22. Feststellung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils vom 21.06.2017	
23. Informationen über den Stand der Umsetzung des Unternehmenskonzeptes der Städtischen Wohnungsgesellschaft Tangerhütte GmbH	MV 589/2017
24. Personalangelegenheiten	BV 608/2017
25. Grundstücksangelegenheiten	BV 584/2017
26. Rechtsangelegenheiten	BV 588/2017
27. Information des Bürgermeisters	
28. Anfragen und Anregungen	
<u>Öffentliche Sitzung</u>	
29. Wiederherstellung der Öffentlichkeit	
30. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
31. Schließen der Sitzung	

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Herr Borstell eröffnet die Sitzung des Stadtrates, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2: Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Herr Borstell stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Frau Braun informiert, dass die WG Lüderitz (Antragsteller) den Antrag, TOP 12, BV 519/2017 (FNP der EG Stadt Tangerhütte), zurückziehe. Die Begründung dafür, habe man bereits im BA und HA gegeben.

Somit verschieben sich die TOP'e nach dem TOP 11 nach oben.

Herr Graubner gibt an, dass die CDU-Fraktion den Antrag stelle, die BV 584/2017 (Kaufantrag Kapelle Briest) zu vertagen, weil es hierzu noch Gespräche geben soll. Die Fraktion würde gern die Gespräche abwarten.

Herr Borstell informiert, dass diese Gespräche am 22.09.2017, 18:00 Uhr in der Kapelle stattfinden.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Antrages der CDU-Fraktion.

Abstimmung Antrag: 22 x Ja 0 x Nein 0 x Enthaltung

Anschließend stellt **Herr Borstell** die Tagesordnung mit den Änderungen fest.

TOP 3: Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.06.2017

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.06.2017 wird ohne Einwände festgestellt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von den Einwohnern.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Herr Brohm berichtet über die Ausführung der gefassten Beschlüsse der letzten SR-Sitzung vom 21.06.2017.

TOP 6: Beschluss über den Entwurf und die Auslegung des vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes – Biogasanlage Lüderitz samt Begründung und Umweltbericht gemäß §3 Abs.2 BauGB - BV 609/2017

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 609/2017.

1. Der Stadtrat der Stadt Tangerhütte billigt den Entwurf des vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes – Biogasanlage Lüderitz samt Begründung und Umweltbericht.

2. Die öffentliche Auslegung gemäß §3 Abs.2 BauGB des Bebauungsplanentwurfes einschließlich Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

3. Die Nachbargemeinden sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit dem Entwurf des vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes – Biogasanlage Lüderitz und der dazu gehörenden Begründung mit Umweltbericht nach

§ 4 Abs.2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufzufordern.

4. Gemäß § 3 Abs.2 BauGB wird die Verwaltung wird beauftragt, Ort und Dauer der Auslegung mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben oder zur Niederschrift mündlich vorgetragen werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes – Biogasanlage Lüderitz unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach §47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Bemerkung: Auf Grund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes – KVG LSA war(en) kein/Mitglied(er) des Stadtrates von der Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: 21 x Ja 0 x Nein 1 x Enthaltung

TOP 7: Förderung des Ehrenamtes der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte - BV 603/2017

Herr März verlässt den Sitzungssaal.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 603/2017.

Der Stadtrat beschließt, dass alle aktiven Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte und die Mitglieder der Jugendfeuerwehren sowie der Kinderfeuerwehren, unter Vorlage ihres Feuerwehrdienstausweises, freien Eintritt in die Freibäder Lüderitz und Tangerhütte erhalten.

Abstimmungsergebnis: 20 x Ja 0 x Nein 1 x Enthaltung

TOP 8: 1. Änderung der Haus- und Badeordnung der EGem Stadt Tangerhütte für die Freibäder Tangerhütte und Lüderitz - BV 604/2017

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 604/2017.

Der Stadtrat beschließt beiliegende 1. Änderung zur Haus- und Badeordnung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Freibäder Tangerhütte und Lüderitz.

Abstimmungsergebnis: 20 x Ja 0 x Nein 1 x Enthaltung

TOP 9: Aufhebung Beschluss BV 523/2017/3 - Antrag zum Haushalt Streichung der Leiter Bauhof aus dem Stellenplan der EGem Stadt Tangerhütte - BV 601/2017

Herr Brohm erklärt, aufgrund des Antrages von Herrn Nagler habe die KAB festgestellt, dass bei diesem Beschluss Mitwirkungsverbot bestand. Deshalb habe die KAB uns aufgefordert, diesen Beschluss aufzuheben und noch einmal neu zu fassen.

Herr März betritt wieder den Sitzungssaal.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 601/2017

Der Stadtrat beschließt den Beschluss mit der Beschlussnummer BV 523/2017/3 (Antrag zum Haushalt 2017; Streichung der Stelle Leiter Bauhof aus dem Stellenplan der EGem Stadt Tangerhütte aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: 22 x Ja 0 x Nein 0 x Enthaltung

TOP 10: Antrag zum Haushalt 2017 - Streichung der Stelle Leiter Bauhof aus dem Stellenplan der EGem Stadt Tangerhütte - BV 602/2017

Herr Nagler merkt an, dass er nicht der alleinige Antragsteller sei. Es seien 3 Antragsteller. Zum Antrag gibt er eine Änderung zu Protokoll. Die Streichung soll sofort erfolgen. Dies sei mit den anderen Antragstellern abgestimmt. Er erklärt, dass man dies schon bei der damaligen BM'in Frau Schäfer vor hatte. Dies aber nicht umgesetzt wurde. Seit Jahren rede er schon, dass im Bauhof in der Organisation etwas passieren müsse. Vom Inneren heraus passiere es nicht. Der BM habe bis jetzt jegliche Initiative in diese Richtung vermissen lassen und der SR habe als einzige Chance, Bewegung über die Änderung des Stellenplanes reinzubringen. So müsse die Verwaltung notgedrungen überlegen, wie man die Struktur ändere. Aus Sicht der Antragsteller, sei zurzeit die meiste Arbeit auf dieser Stelle in der Verwaltung zu leisten. Dementsprechend könne man in der Verwaltung eine neue Stelle schaffen. Man könne aber auch im Gebäudemanagement zusätzliche Aufgaben schaffen, wo man Teile der jetzigen Leiterstelle unterbringe und dann dafür eine Vorarbeiterstelle schaffen. Die Möglichkeiten mit den kw-Vermerken sei eine übliche Vorgehensweise. Die Antragsteller haben sich im Landesverwaltungsamt erkundigt und diese sehen damit kein Problem. Für denjenigen, bei dem die Stelle wegfallt, hieße es für die Verwaltung, neue Tätigkeiten zu finden, die der Vergütung entsprechen.

Frau Braun weiß, dass die SR'e sich an die Beschlüsse halten wollen und bringt in Erinnerung, dass die SR'e unter Frau Schäfer eine Untersuchung beantragt hatten. Dafür habe man tausende von Euro ausgegeben. Dies habe man bis heute nicht umgesetzt. Damals habe man schon gesagt, dass man den Bauhof dem Gebäudemanagement unterstellen solle. Deshalb habe man in den Stellenplan ein Gebäudemanagement eingerichtet und diese habe man auch besetzt. Die damalige Feststellung müsse endlich umgesetzt werden. Sie appelliert an Herrn Brohm, sich diese Sache anzuschauen und dem SR Vorschläge zur Qualitätsverbesserung zu machen.

Herr Rudowski meint, man könne der Sache beipflichten aber, ob der HH (kw-Vermerk) das geeignete Werkzeug sei, um das Ziel zu erreichen, halte er für mehr als bedenklich. Man habe im SR diskutiert, für den Bauhof ein Gutachten zu beauftragen. Man sollte den Bauhof einer Reorganisation/Untersuchung unterziehen. Aus Kostengründen habe der SR sich dagegen entschieden und weil der BM es so dargestellt habe, dass die Verwaltung dies allein schaffe. Falls man diesen Beschluss beschließe, wisse man nicht genau, ob dies nicht zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen führe. Das Votum seiner WG sei, dass man bei der Sache beim Antragsteller sei und zwar die Untersuchung des Bauhofes müsse erfolgen aber man halte den Beschluss als Werkzeug, um dieses Ergebnis zu erzwingen, für falsch.

Herr Brohm weiß, dass man zwei Themenbereiche habe. Die eine sei eine organisatorische und hier habe man eine Baustelle und die Frage sei wie komme man zum Ziel. Die Untersuchungen, die schon stattfanden, habe man nicht mit den Mitarbeitern besprochen, d.h., die Organisationsstruktur habe man

nicht betrachtet. Herr Brohm schätzt Herrn Naglers Akribie und Sachverstand aber auch Herr Nagler wird bei der Begründung nicht entgangen sein, was die KAB geschrieben habe, dass man heute nur den Beschluss heilen müsse und d.h., diesen Beschluss dürfe man nicht ändern. Laut KAB sei der Beschluss nicht korrekt zustande gekommen. Es habe ein Mitwirkungsverbot vorgelegen.

Herr Nagler verstehe es folgendermaßen. Es sei heute so, als wenn vorher nichts passiert sei. Der Antrag stehe heute auf der TO und man stimme darüber ab und da er Antragsteller sei, sei er der Meinung, dass er jederzeit den Antrag ändern könne. Es sei sogar so, dass er den Antrag zurückziehen könne und ein anderes SR-Mitglied diesen wieder aufnehmen und durch Änderungen abstimmen lassen könne. Er bittet, um rechtsichere Erklärung, warum das heute so nicht so gehe, was ansonsten möglich sei.

Herr Brohm merkt an, dass dies heute kein Antrag wie jeder andere Antrag sei.

Herr Nagler möchte wissen, wo das stehe und, ob es darüber Urteile gebe.

Herr Brohm erklärt, Herr Nagler habe einen Antrag gestellt. Lt. KVG sei die Fassung nicht konform. Die KAB stellte fest, formal ja aber es liege ein Mitwirkungsverbot vor. Die KAB sagt, man müsse diesen nicht korrekt gefassten Beschluss noch einmal fassen. Heute stehe aber kein HH auf der TO. Darum könne Herr Nagler heute keinen Antrag zum HH stellen.

Herr Nagler sagt, man habe heute diesen Beschluss aufgehoben. Dadurch werde für ihm als Laienjurist der Antrag wieder zurückgestellt. Er möchte es rechtlich geprüft haben und es schriftlich vorgelegt bekommen, auch welche Urteile es dazu gebe.

Herr Brohm wird es Herrn Nagler zukommen lassen.

Herr Nagler lässt den Antrag mit dem kw-Vermerk 2019 stehen.

Herr Borstell übergibt Herrn Jacob die Leitung der Sitzung.

Herr Borstell schließt sich im Grundsatz an die Ausführungen von Herrn Rudowski an. Man sei dabei, die Organisationsstruktur zu erfassen. Er findet es nicht gut, wenn man hier im SR ein Ziel mit einer so abenteuerlichen, unsachlichen Begründung erreichen wolle. Auch wenn hier stehe, man wolle die Person nicht schädigen. Dies sei bereits passiert, denn die Person sitze unter uns. Sobald eine Stelle weg-falle, gebe es im öffentlichen Dienst eine Sozialauswahl und d. h., es falle immer einer raus, egal wie.

Frau Braun findet, dass die Auslesung und die Wertung des Antrages wie Herr Borstell es hier vortrage einen Ordnungsruf wert sei. Herr Borstell unterstelle Sachen und formuliere hier etwas rein, was überhaupt nicht das Anliegen und Thema der Antragsteller sei. Dies sei nicht die Aufgabe eines SR-Mitgliedes oder eines SR-Vorsitzenden. Hier gehe es nicht um die Person sondern um die Stelle sowie um Zukunftsvarianten und -entwicklungen und nicht um persönliche Dinge. Sie verbietet es, hier so etwas rein zu tragen.

Herr März möchte zur nächsten SR-Sitzung ein Datum hören, wann die neue Struktur hier auf dem Tisch liege.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 602/2017.

Der Stadtrat beschließt den Antrag in Form des Änderungsantrages vom 19.04.2017 zur Streichung der Stelle Leiter Bauhof aus dem Stellenplan der EGem Stadt Tangerhütte durch kw-Vermerk 2019.

Abstimmungsergebnis: 13 x Ja 7 x Nein 2 x Enthaltung

Herr Jacob übergibt Herrn Borstell die Leitung der Sitzung zurück.

TOP 11: Investitionen der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte - MV 607/2017

Es besteht kein Redebedarf.

TOP 12: Beschluss über die Zusammenarbeit mit einem Freien Träger der mobilen Jugendarbeit - BV 596/2017

Herr Nagler bereite die Form der BV Bauchschmerzen und begründet es.

Daraufhin entsteht eine Diskussion, an der sich **Frau Braun, Frau Altenberger, Herr Rudowski, Herr März** und **Herr Liebisch** beteiligen.

Herr Jacob merkt an, wie wichtig die Jugendarbeit in den Anfängen sei, sehe man in den Problemen in Tangerhütte. Aktuell habe Tangerhütte Jugendliche, die marodierend durch die Stadt ziehen und am liebsten die halbe Stadt zerstören möchten. Darüber habe er schon mit Herrn Brohm und Herrn Borstell gesprochen und nachgefragt, ob man da nicht die Möglichkeit habe, diese Jugendlichen mit einzubeziehen. Darauf habe er die Antwort erhalten, dies gehe nicht. Wer sei für solche Probleme zuständig? Man könne dies nicht einfach so laufen lassen.

Herr Borstell antwortet, diese Problematik werde man noch einmal aufgreifen.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 596/2017.

1. *Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Kooperationsvereinbarung zur Durchführung der mobilen Kinder- und Jugendarbeit im Ländlichen Raum sowie die Vereinbarung zur Förderung der mobilen Kinder- und Jugendarbeit in der Einheitsgemeinde abzuschließen und umzusetzen.*
2. *Der Bürgermeister wird künftig den Kultur- und Sozialausschuss, jeweils im I. Quartal eines Jahres, über die Entwicklung der Arbeit der Kooperationspartner und über die Entwicklung der Zuschusskosten informieren.*

Abstimmungsergebnis: 18 x Ja 1 x Nein 3 x Enthaltung

TOP 13: Darstellung des Sanierungsaufwandes und der Prioritäten der Gehwege in der Ortschaft Tangerhütte - MV 605/2017

Es besteht kein Redebedarf.

TOP 14: Bildung eines Sonderausschusses zum Umgang mit den Mitteilungen über die Überprüfung der Stadträte durch den Bundesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR - BV 599/2017

Frau Wittke informiert, dass nach einem Handlungsleitfaden des LSA ein Sonderausschuss gebildet werden müsse. Nach der Handreichung vom Ministerium schlage man 5 stimmberechtigte Mitglieder vor. Im Vorfeld habe man nur von der CDU einen Vorschlag erhalten. Nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren bekommen die CDU und die SPD einen Sitz. Die anderen 4 Fraktionen müsse man per Losverfahren auslosen.

Frau Braun fragt nach, ob man alle Nachrücker überprüft habe.

Frau Wittke antwortet, der Beschluss wurde 2014 gefasst und dieser beinhalte die SR'e, die zu diesem Zeitpunkt im SR waren. Falls man die Nachrücker noch mit einschließen solle, bedarf es einen Antrag vom SR.

Herr Graubner gibt an, dass seine Fraktion einen Antrag stelle, die Nachrücker nachträglich zu überprüfen.

Herr Borstell beginnt mit dem Losverfahren. Er zieht die Fraktionen WG Altmark-Elbe, WG Lüderitz und Die Linke.

Nach der Losziehung beantragt **Herr Rudowski** im Namen der Fraktion UWG Südliche Altmark lt. § 47 Abs. 2 KVG LSA 1 Mitglied seiner Fraktion als beratenes Mitglied an den Ausschuss zu beteiligen. Er benennt als beratenes Mitglied Herrn Dr. Dreihaupt.

Herr Borstell sagt, dass man das beratene Mitglied in das Protokoll mit aufnehme und bittet, um die Namen der Mitglieder und deren Stellvertreter.

Die Fraktionen nennen die Namen.

Herr Rudowski weist darauf hin, dass dieser Sonderausschuss an diese Legislaturperiode gekoppelt sei, weil dieser in der Hauptsatzung nicht mit aufgezählt sei. Das heißt, wenn man jetzt erst die Nachrücker überprüfe, könne es passieren, dass die Ergebnisse erst vorliegen, wenn der SR in seiner jetzigen Form nicht mehr konstituiert sei.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 599/2017.

Der Stadtrat beschließt nach § 7 Abs. 6 Hauptsatzung i.V.m. §§ 46 Abs. 1, 47 Abs. 1 und 45 Abs. 2 Nr. 3 KVG LSA zeitweilig einen Sonderausschuss einzusetzen, dem die Überprüfung der Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR der Mitglieder des Stadtrates obliegt.

Der Sonderausschuss besteht aus 5 stimmberechtigten Mitgliedern und jeweils einem persönlichen Stellvertreter. Dem Ausschuss gehören als Vertreter ihrer Fraktionen an:

- | | | |
|--------------------|-----------------------|--------------------------------------|
| 1. SPD | Frau Rosemarie Dizner | Stellvertreter: --- |
| 2. CDU | Herr Bernd Liebisch | Stellvertreter: Frau Ina Altenberger |
| 3. WG Lüderitz | Frau Edith Braun | Stellvertreter: Herr Manfred Pecker |
| 4. WG Altmark-Elbe | Frau Rita Platte | Stellvertreter: Herr Dieter Pasiciel |
| 5. Die Linke | Herr Wolfgang März | Stellvertreter: Herr Bodo Strube |

Der Sonderausschuss wird erst konstituiert, nachdem eine Überprüfung der zu Mitgliedern berufenen Stadtratsmitgliedern durch den Bundesbeauftragten stattgefunden und ergeben hat, dass sie eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR nicht ausgeübt oder wahrgenommen haben.

Diese Überprüfung wird durch den Stadtratsvorsitzenden gemeinsam mit dem stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden von Amts wegen durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 22 x Ja 0 x Nein 0 x Enthaltung

TOP 15: Geschäftsordnung des Ausschusses zur Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienstes der DDR - BV 616/2017

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 616/2017.

Der Stadtrat beschließt beiliegende Geschäftsordnung des Ausschusses zur Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR.

Abstimmungsergebnis: 22 x Ja 0 x Nein 0 x Enthaltung

TOP 16: Antrag CDU Fraktion - Einrichtung eines Ausschusses zur Sanierung der Straßen und Wege in der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte - BV 614/2017

Herr Graubner erklärt, die MV 605/2017 habe zum Zeitpunkt des Antrages der CDU-Fraktion noch nicht vorgelegen. Trotzdem sehe man dringenden Handlungsbedarf. Der neue Ausschuss solle die Prioritäten der Sanierungen von Gehwegen und Straßen, die in einem sehr mangelhaften Zustand seien, aufstellen. Der CDU sei bewusst, dies sei eine Langzeitaufgabe. Man sei durch die Reaktionen der Bürger gestärkt worden und man bekomme von den Bürgern schon Vorschläge, welche Straßen in welche Priorität man machen solle. Selbstverständlich sei dies auch eine Frage des HH, wie man diese Dinge gestalte. Man wisse auch, dass man hier von Finanzen und von Belastungen, die auf die Bürger zukommen werden, spreche. Trotzdem sei die CDU der Ansicht, dass dies ein Ausschuss leisten müsse, weil man in der Fülle der Aufgaben, die die EG habe, die Befürchtungen habe, dass man die Gehwege und Straßen vergesse. Viele ältere Menschen in unserer EG können diese Wege nicht mehr gehen. Man habe als EG eine Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern. Die OBM wissen am besten, wie es in ihren Ortschaften aussehe. Deswegen bittet die CDU-Fraktion als Antragsteller, um Unterstützung.

Es entsteht eine rege Diskussion, um das Für und Wider eines Extra-Ausschusses, an der sich **Frau Platte, Herr Wegener, Herr Jacob, Herr März, Herr Gürnth, Frau Braun, Herr Brohm und Herr Graubner** beteiligen.

Nach der Diskussion bittet Herr Borstell um Abstimmung der BV614/2017.

Die CDU beantragt, der Stadtrat möge die Einrichtung eines Ausschusses zur Sanierung der Straßen und Wege in der Einheitsgemeinde beschließen.

Abstimmungsergebnis: 11 x Ja 11 x Nein 0 x Enthaltung

Herr Borstell stellt fest, dass der Antrag keine Mehrheit erhalten habe und somit abgelehnt sei.

TOP 17: Antrag CDU Fraktion - Erstellung eines Nutzungskonzeptes für das Kulturhaus - BV 613/2017

Herr Graubner gibt an, dass seine Fraktion (Antragsteller) möchte, dass man ein Nutzungskonzept erstelle. Die vielen Dinge, die man bereits erstellt habe, hätten gereicht, Fördermittel zu beantragen. Das Nutzungskonzept solle ein erfahrener Experte, der nicht aus Tangerhütte komme aber das Haus kenne, erstellen. Diese Person war bereits im SA.

Frau Braun erschließe sich nicht, was man damit erreichen wolle. Die Verwaltung könne es nicht. Dafür benötige man Experten und diese kosten sehr viel Geld. Eben erst habe man gesagt, man habe kein Geld und das wenige Geld solle man für Gehwege und Straßen (Straßenverkehrssicherungspflicht) nehmen. Dies sei eine freiwillige Aufgabe und diese könne man nur leisten, wenn man Geld habe.

Herr Brohm legt dar, dass man dies als Leaderprojekt vorschlagen werde. Die zu Beteiligten werde man in einem Ausschreibungsverfahren finden. Die Kosten liegen bei ca. 12.000 €, bei einer 20%-igen Eigenbeteiligung. Er gehe davon aus, dass dies eine große Zustimmung erfahre. Die Hochschule könne leider nicht planen. Vorbehaltlich der Zustimmung des SR'es werde man diesen Antrag in der nächsten Sitzung als BV einfließen lassen, damit man das bei einer Mitgliederversammlung Leader vorschlagen könne.

Frau Platte nennt einen Vorschlag wie der Beschluss lauten könne und zwar

„Der SR beschließt, die EG Stadt Tangerhütte stellt an das Leadermanagement einen Antrag auf Erstellung eines Nutzungskonzeptes. Die EG beteilige sich mit den notwendigen Eigenmitteln.“

Nach einer weiteren Diskussion bittet Herr Borstell um Abstimmung der BV 613/2017.

Die CDU Fraktion beantragt, der Stadtrat möge den Auftrag zur Erstellung eines aktuellen Nutzungskonzeptes für das Kulturhaus durch einen externen Experten beschließen. Die Finanzierung soll durch einen Förderantrag über Leader mit erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 17 x Ja 0 x Nein 5 x Enthaltung

TOP 18: Information aus den Verbänden

Herr Brohm informiert über

- **Verbandsversammlung Wasserverband Osterburg**
 - zwei große Maßnahmen in unserer EG:
 - 2 Hochbehälter in Hüselitz
 - Baumaßnahme Unterführung Wasser/Abwasser an der Schnittstelle am Bahnübergang
 - Ziel: bis Ende des Jahres
- **Zweckverband Breitband Altmark (ZBA)**
 - vom Bund letzte Woche 40 Mio €, diese seien gekoppelt mit den 20 Mio € vom Land (Mitte Sept.)
 - am 29.08.2017 wurde im ZDF bei Frontal 21 davon berichtet

TOP 19: Information des Bürgermeisters

Herr Brohm informiert über

- **Brachflächenmanagement = Luxus der Leere**
 - 6 Kommunen haben 1 Brachflächenmanager eingestellt, um Vermarktung in Fokus zu stellen
 - unsere EG: 25 Grundstücke und Objekte benannt
 - ab morgen im Internet im kommunalen Immobilienportal (kip) oder auf Homepage der EG
- **Vorinformation über Broschüre unserer EG mit Stadtplan**
 - redaktioneller Teil stehe Endes des Jahres
 - für EG keine Kosten, nur für Gewerbetreibenden
- **Innenminister zu Besuch**
 - Vertrag zur Beschaffung eines HLF vom Land mit unterzeichnet
- **Thema der Wolf**
 - BM erwarte Feedback vom SR

TOP 20: Anfragen und Anregungen

Herr Nagler hat noch Nachfragen zu den Ausführungen von Herrn Brohm zum ZBA. Erst hieß es, der Anschluss erfolge März 2017. Jetzt stand in der Zeitung, dass die 40 Mio € vom Bund mit einer Feinplanung gekoppelt seien, wo Planungsunterlagen fehlen. Warum fehlen Planungsunterlagen zur Feinplanung? Wenn man sowieso hinter dem Zeitplan sei, hätte man dafür Zeit gehabt. Damals habe man auch gesagt, erreiche man die 60%, sei es kein Problem, dies ohne Fördermittel zu machen. Warum benötige der ZBA auf einmal in richtige Höhen Fördermittel? Er gehe davon aus, dass viele Bürger abspringen werden, weil die Telekom in vielen Bereichen schneller sei. Rechnet der ZBA damit?

Herr Brohm gibt an, dass sich die Situation im ZBA in den letzten 4 Jahren erheblich verändert habe. Überall, wo man Anstrengungen bekundet habe und zwar Glasfaserhausanschlüsse (FTTH), habe die Telekom gebaut, obwohl diese vorher gesagt habe, sie werde nicht flächendeckend ausbauen. Die politischen Entscheidungsträger seien für Daseinsvorsorge und man habe auf dem Markt Erkundungen gemacht, dass es niemanden geben werde, der die Altmark flächendeckend (jedes Haus, jedes Gehöft) an FTTH anschließe. Deswegen habe man erst Strukturen gesucht und dann die Fördermittelbedingungen festgestellt. Eine dieser Fördermittelbedingungen sei, Ortschaften über 2.000 Einwohner lasse der ZBA links liegen. Dies nenne man Rosinenpickerei der Telekom. Die Telekom mache nur das, was sich lohne und man weiß, was das für den ZBA bedeute. Darum könne der ZBA dies nicht mehr eigenverantwortlichen machen. Das Vorhaben des ZBA sei auf die nächsten 25 Jahre angelegt. Von den 140 Mio € sei 64 Mio € Fördermittel und der Rest sei über 25 Jahre Pacht des Endkunden.

Herr Nagler weiß, den Bürgern fehle die zeitliche Perspektive.

Herr Jacob empfand den Termin mit dem Innenminister gut. Dieser habe im Rahmen seiner Sommer-tour im Schloß Gespräche genutzt. Man habe aber nicht nur einen Innenminister zu Besuch gehabt sondern auch einen Sportminister. Hätte man es öffentlich gemacht, hätte bestimmt der eine oder andere gern mit dem Sportminister Gespräche geführt. Er bittet darum, das nächste Mal daran zu denken. Er fragt den BM, ob die Stadt Tangerhütte für den Spatenstich zur A14 eine Einladung bekommen habe.

Herr Brohm antwortet mit Nein.

Herr Kinszorra findet, dass man den Bürgern sagen müsste, wann man sie genau mit dem schnellen Internet (Glasfaser) versorge. Einige Bürger haben Herrn Kinszorra gesagt, dass sie langsam mürrisch seien. Die Telekom war ein Staatskonzern und es gebe noch Beteiligungen der BRD daran. Die Telekom werde sich die Rosinen rauspicken und damit Gewinn machen. Die ZBA habe die Planung verschoben. Er fordert Herrn Brohm auf, dass dieser die Bürger wahrheitsgemäß informieren müsse, wann könne man in welchem Cluster, welche Grundstücke und Ortschaften versorgen. Ansonsten seien die gutgemeinten Initiativen hin und die meisten Bürger springen ab. Man habe die Informationen, dass falls es los gehe die Tiefbaukapazitäten nicht vorhanden seien. Kommunal-politisch habe man im ZBA versagt. Die

beiden Landräte haben es nicht geschafft, die Städte Salzwedel und Stendal mit in den ZBA zu bekommen.

Die 2. Anfrage von Herrn Kinszorra lautet, die EG Stadt Tangerhütte sei für die Instandhaltung des Altmark-Rundkurses verantwortlich. Der Zustand sei in verschiedenen Abschnitten sehr desolat. Wann werde man mähen, Schlaglöcher ausbessern, Beschilderung erneuern?

Herr Brohm antwortet, dass man heute mit der Beschilderung angefangen habe. Im Rahmen der Anfragen von Herrn Kinszorra im BA und HA werde er dort die Antworten vorfinden. Zum ZBA sagt er, das es niemanden weiterbringe, so über den ZBA zu reden. Wenn man nicht weiß, was in einem Fördermittelbescheid stehe, wäre es unredlich zu sagen, wann was komme und wenn man kein Geld habe, könne man keine Planung herausgeben. Man habe schon verschiedene Gespräche mit dem Staatssekretär geführt. Sobald man verbindliche Informationen habe, werde man an den Bürger gehen. Das sei auch das Ziel des Geschäftsführers. Die OBM werden regelmäßig in Kenntnis gesetzt, damit diese den Bürgern antworten können.

Frau Braun spricht zum wiederholten Mal die Sandschelle Stegelitz an. Die Waldbesitzer, die dort Holz herausholen, zerstören die Wege. Die Wege müsste man wieder in Ordnung bringen. Sie bittet, um Überprüfung und sie möchte Auskunft haben, wer dort Eigentümer sei und warum man auf unseren Abschnitt, den unsere EG zu verantworten habe, keine Kontrollfunktion ausübe.

Jetzt spricht Frau Braun die Reinigung der Gullys auf den Landes- und Kreisstraßen an. Darüber gebe es keine klaren Richtlinien. Sogar der Betriebsleiter des Landesbaubetrieb Nord Herr Krüger konnte diese Frage nicht beantworten. Dieser wollte seinen Straßenmeister fragen und Frau Braun heute Bescheid geben, was leider nicht erfolgte. Der Baulastträger reinige regelmäßig die Straße aber nicht die Gullys. Wer ist an der L30 in Lüderitz und Groß Schwarzlosen für die Reinigung der Gullys zuständig? Sie erwarte bis zur nächsten OR-Sitzung Lüderitz eine Antwort.

Herr Graubner möchte wissen, was unternahme das Bauamt, um die Sanierung des Spielplatzes in der Otto-Nuschke-Straße voranzutreiben? Nachdem man ewig auf die Freigabe der Mittel gewartet habe, erlebe man jetzt eine quälend lange Fertigstellung.

Herr Brohm habe schon im BA gesagt, dass man hoffe, in den Oktoberferien fertig zu sein. Man habe mit dem Bau des Spielplatzes angefangen und jetzt müsse man warten, dass die Spielgeräte geliefert werden.

Herr März fragt, ob die Durchführungen der Bundestagswahl in unserer EG abgesichert seien.

Herr Brohm antwortet mit Ja.

Frau Platte erinnert im Zusammenhang mit dem schnellen Internet an den schlechten Handy-Empfang in den ländlichen Räumen. Bei Stromausfall könne man z.B. keinen Rettungsdienst rufen.

Herr Borstell beendet 21:00 Uhr den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

TOP 28: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Borstell stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 29: Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Borstell gibt die in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt.

TOP 30: Schließen der Sitzung

Herr Borstell schließt 22:15 Uhr die Sitzung des SR'es.

Fertiggestellt am: 13.09.2017